

An Herrn Landrat Reuter

im Hause

über Kreistagsbüro



Göttingen, 29.08.2019

Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 2.Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Reuter,

hiermit möchten wir Sie bitten, die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages Göttingen am 02.10.2019 um den Beratungspunkt:

Divestment und soziale Verantwortung übernehmen – Anlagerichtlinien für den Landkreis Göttingen

zu ergänzen.

Beschlussvorschlag:

die Verwaltung wird beauftragt, eine Anlagerichtlinie für Finanzanlagen des Landkreises und der landkreiseigenen Gesellschaften vorzulegen, die unter Wahrung der haushaltsrechtlichen Grundlagen (Sicherheit, angemessener Ertrag, Sicherstellung der Liquidität) der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit verpflichtet ist.

Insbesondere soll sich die Anlagerichtlinie an der von der Stadt Göttingen 2017 beschlossenen "Richtlinie für Kapitalanlagen" [1] orientieren, in denen folgende Mindeststandards festgelegt wurden:

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Militärwaffen herstellen und/oder vertreiben
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Atomenergie herstellen oder auf nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Schiefergasgewinnung (so. Fracking) betreiben

sowie das Anstreben folgender ethischer Grundsätze:

- keine Beteiligung an Unternehmen die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern, die Tierversuche zu Kosmetika durchführen

- keine Beteiligung an Unternehmen, denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen wurden

Begründung:

Wer investiert und Geld anlegt entscheidet sich bei der Auswahl des Unternehmens auch mit dafür, welche sozialen und ökologischen Ausrichtung finanziell unterstützt wird und welche nicht. Diese gilt für private Anleger und für Großinvestoren. Für Städte und Landkreise kommt zu dieser Verantwortung noch die Vorbildfunktion hinzu, die sie für ihre Einwohner aber auch für andere Kommunen sein können.

Die Stadt Göttingen hat dies bereits 2017 erkannt und, ebenso wie viele andere Städte, darauf geantwortet, indem eine Anlagerichtlinie entwickelt wurde, die verschiedene sozial- und umweltpolitisch kritische Aspekte berücksichtigt, wie etwa Kinderarbeit, Energie aus fossilen Energien, Tierversuche oder Herstellung von militärischen Waffen.

Die Universität Göttingen hat sich 2018 entschieden "fossil free" zu werden als zweite Universität nach Münster [2].

[1] <https://ratsinfo.goettingen.de/bi/yw020.asp>

[2] <https://www.zeit.de/campus/2018-07/klimaschutz-uni-divestment-goettingen>

Dr. Eckhard Fascher